

## Presseinformation

Nr. 18 / 2012

Kiel, Montag, 16. Januar 2012

Datenschutz

### Ingrid Brand-Hückstädt: Paragraphen-Dschungel lichten!

Zur anhaltenden Diskussion um die Kompetenzen des Unabhängigen Landes-zentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) sagt die medienpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Ingrid Brand-Hückstädt**:

„Bislang herrscht im Datenschutzrecht ein regelrechtes Zuständigkeitsgewusel. Dieser kaum zu durchdringende Paragraphen-Dschungel muss gelichtet werden!“, so Brand-Hückstädt. Dies hätten kürzlich auch die von der FDP in Auftrag gegebenen Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages und des Schleswig-Holsteinischen Landtages (Link siehe unten) zur Zuständigkeitsfrage in Sachen Facebook gezeigt.

„Der Gesetzgeber verschläft seit Jahren den Trend bei den sozialen Netzwerken. Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ist überaltert und stammt aus einer Zeit, in der Internet noch kein Thema war. Viele international agierende Unternehmen wie Facebook und Google arbeiten oftmals in Grauzonen und zeigen bis heute die Tendenz, nicht freiwillig zurückstecken zu wollen, so Brand-Hückstädt weiter. Eine Lösung könne darin bestehen, grundsätzlich die Zuständigkeit für alle datenschutzrechtlichen Fragen bei diesen Unternehmen bei einer Stelle, z.B. den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, zu konzentrieren. In jedem Fall müsse eine bundeseinheitliche Vorgehensweise beim Datenschutz gegenüber Social Networks sichergestellt werden, die Einzelpersonen und Unternehmen Sicherheit gebe.

Brand-Hückstädt ergänzt: „Die Arbeit des ULD ist in vielen Bereichen sehr anerkennenswert und wird auch bundesweit geschätzt. Auch wenn andere Landesdatenschutzbeauftragte die Initiative Weicherts grundsätzlich unterstützen: Der Alleingang des ULD gegen schleswig-holsteinische Unternehmer ist und bleibt völlig inakzeptabel. Den Kampf über Dritte, also betroffene schleswig-holsteinische Unternehmen, zu führen und diese damit von weltweit üblichen Geschäftsgebaren abzuschneiden, ist hinterwäldlerisch und schadet Schleswig-Holstein insgesamt“, kritisiert Brand-Hückstädt. Die anhaltende Diskussion um die Arbeitsweise des ULD, um undurchsichtige Zuständigkeiten auf Landes-, Bundes- und Europaebene zeige, dass schneller Handlungsbedarf bei der Reform des Datenschutzrechts insgesamt bestehe.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/2900/umdruck-17-2988.pdf>



**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin

www.fdp-sh.de